

THEMENSCHWERPUNKT „MIGRATION UND INTEGRATION“

VON JUNGEN UND ALTEN EINWANDERUNGSLÄNDERN: DIE GEOGRAPHIE DER EUROPÄISCHEN MIGRATION

Heinz FASSMANN, Wien*

mit 9 Abb. und 4 Tab. im Text

INHALT

<i>Summary</i>	9
<i>Zusammenfassung</i>	10
1 Vorbemerkung.....	10
2 Konzeptionelle Grundlagen.....	11
3 Empirische Belege	21
4 Fazit	31
5 Literaturverzeichnis	31

Summary

Of young and old immigration countries: The geography of European migration

The transformation of the EU-27 member states from emigration to immigration countries actually seems to follow a general pattern. In the beginning of the 1950s, there were clear differences in Europe since some states were characterised by emigration, others by immigration. Today the different situations assimilate gradually. Despite achievable advancing productivity, a growing economy is in need of more labour force which can only be met by an increased labour participation of the working population and by immigration. This development began in the Central and Western European countries, then took place in the Southern European countries and in the near future probably in Eastern Europe as well. This article analyses this empirical process and develops a new conceptual explanatory model leaving behind the established migration theories (push and pull model, world system approach or the migration system theory) and taking into account the specifics of European migration.

* Univ.-Prof. Dr. Heinz FASSMANN, Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien; e-mail: heinz.fassmann@univie.ac.at, <http://www.univie.ac.at/geographie>

Zusammenfassung

Die Transformation der Staaten der EU-27 von Auswanderungs- in Einwanderungsstaaten scheint tatsächlich einer gewissen Regelmäßigkeit zu folgen. Hatte es Anfang der 1950er Jahre noch deutliche Unterschiede in Europa gegeben und waren damals manche Staaten durch Abwanderung und andere wiederum durch Zuwanderung gekennzeichnet, so gleichen sich die Situationen mehr und mehr an. Eine wachsende Wirtschaft benötigt trotz der erzielbaren Produktivitätsfortschritte ein Mehr an Arbeitskräften, welches nur durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Bevölkerung und durch Zuwanderung gedeckt werden kann. Diese Entwicklung betraf zuerst die mittel- und westeuropäischen Staaten, betrifft nun auch die südeuropäischen Staaten und wird in absehbarer Zukunft wohl auch das östliche Europa betreffen. Der vorliegende Beitrag analysiert diese empirische Entwicklung und entwirft dafür auch ein eigenes konzeptionelles Erklärungsmodell, welches den allgemeinen Rahmen gängiger Migrationstheorien (Push- und Pull-Modell, Weltsystemansatz oder Migration System Theory) verlässt und die Besonderheiten der europäischen Migration berücksichtigt.

1 Vorbemerkung

Im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert war Europa ein Auswanderungskontinent. Zwischen 1846 und 1924 verließen etwa 50 bis 55 Mio. Menschen ihre europäischen Heimatländer und ließen sich in den USA nieder (FERENCZI & WILCOX 1929, S. 185). Nach 1945 begann jedoch eine neue Zeit – auch für die europäische Migration, und nichts kennzeichnet treffender den ökonomischen und politischen Wiederaufstieg Europas als die Umkehr der Wanderungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach und nach wurden die meisten Staaten des westlichen Europas De-facto-Einwanderungsländer. Dies war nicht das Resultat einer umfassenden Strategie, sondern Ergebnis einer spezifischen ökonomischen, demographischen und politischen Entwicklung. Europa wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem „Einwanderungskontinent wider Willen“ und die Öffentlichkeit hat es nicht bemerkt.

Die Umkehr der Wanderungen erfasste aber nicht alle Staaten gleichzeitig. Europa ist und war demographisch weder homogen noch einheitlich strukturiert. Manche Staaten erlebten den „Tipping Point“ von einem negativen Wanderungssaldo zu einer Dominanz der Einwanderung früher als andere. Dies zu analysieren und in ein generelles Modell einzubetten, ist Inhalt dieses Beitrags. Er stützt sich dabei auf zwei größere Forschungsarbeiten, die im Rahmen von international verankerten und von der Europäischen Union (EU) finanzierten Projekten – IDEA sowie DEMIFER – erarbeitet worden sind. Das eine Projekt (IDEA) war im Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften verankert und wurde 2009 abgeschlossen. Es befasste sich mit dem systematischen Vergleich der Zu- und

Abwanderung in süd-, ost- und zentraleuropäischen Staaten.¹⁾ Das andere Projekt (DEMIFER) ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags noch laufend und stellt die demographischen Entwicklungen in der EU-27 und deren Konsequenzen auf einer regionalen Ebene in den Mittelpunkt der Analyse.²⁾ Die Sichtweisen und auch die neuen Ideen, die im Folgenden dargestellt werden, basieren auf zahlreichen Diskussionen und Gesprächen mit den Projektpartnern.

2 Konzeptionelle Grundlagen

Die markante Umkehr der Wanderungen in Europa war keine Zufälligkeit, sondern das Ergebnis grundsätzlich veränderter Rahmenbedingungen. Es ist daher zuerst notwendig, auf die kausalen Faktoren der internationalen Wanderung einzugehen. Dabei erweist es sich aber als notwendig, theoretisch genauer zu argumentieren. Die empirische Darstellung der Geographie der europäischen Migration mit sehr allgemeinen Konzepten erweist sich als unbrauchbar. Wer die Wanderungen nach Europa und innerhalb Europas erklären möchte, der muss einen spezifischen theoretischen Zugang entwickeln.

Die theoretische Literatur hat – und das darf als bekannt vorausgesetzt werden – eine Reihe von kausalen Faktoren identifiziert, die Wanderungen verursachen. Wanderungen stellen sich demnach als Folge ökonomischer Ungleichgewichte dar (so im Push- und Pull-Modell von Everett LEE 1966), auf die in weiterer Folge potenzielle Wanderer reagieren. Oder Wanderungen werden als Folge der asymmetrischen Abhängigkeit im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich (so im Weltsystemansatz von Immanuel WALLERSTEIN 1974) interpretiert, wobei weniger die "rational choices" der Wandernden im Vordergrund stehen, sondern die historisch bedingten Makrostrukturen. Schließlich können Wanderungen mit einer Vielzahl an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kontextualisiert werden, wie das die Migration System Theory (KRITZ, LIM & ZLOTNIK 1992) in umfassender Weise vorsieht.

¹⁾ IDEA (Mediterranean and Eastern European Countries as new immigration destinations in the European Union) wurde unter der Leitung des Centre of Migration Research der Universität Warschau [Warszawa] (Marek OKOLSKI) abgewickelt. Insgesamt elf Partner aus neun Ländern haben dabei zusammengearbeitet, darunter drei aus Osteuropa (Polen, Tschechien und Ungarn), vier aus Südeuropa (Italien, Griechenland, Portugal und Spanien) sowie aus Frankreich und Österreich. Im Rahmen dieses Projekts hat der Autor gemeinsam mit Ursula REEGER die jüngere Wanderungsgeschichte Österreichs aufgearbeitet und in das Projekt eingebracht.

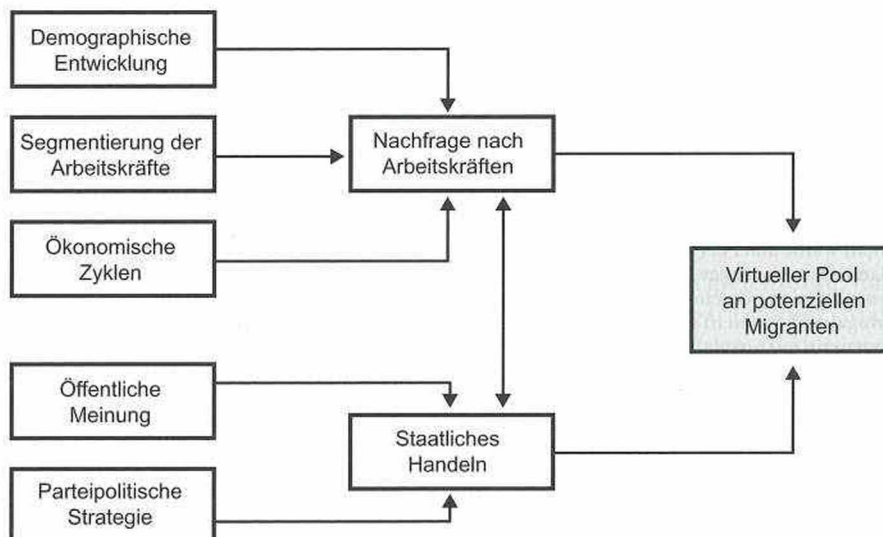
²⁾ DEMIFER (Demographic and migratory flows affecting European regions and cities) ist ein im Rahmen von ESPON (European Planning Observation Network) finanziertes Projekt, welches vom Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (NIDI) geleitet wird und an dem das Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien beteiligt ist. Weitere Projektpartner sind International Organization for Migration/Central European Forum for Migration (IOM/CEFMR, Polen), die Universität Leeds (SoG, Vereinigtes Königreich), die Netherlands Environmental Assessment Agency (NEEA, Niederlande), das Nordic Centre for Spatial Development (Nordregio, Schweden) und das National Research Council (CNR, Italien). DEMIFER zielt darauf ab, den Verlauf des demographischen Wandels in Europa regional differenziert zu analysieren. Roman BAUER und der Autor dieses Beitrags befassen sich dabei insbesondere mit der Erstellung einer umfassenden Typologie für ein erweitertes Europa.

2.1 Pullfaktoren in den europäischen Wohlfahrtsstaaten

Für die europäischen Wohlfahrtsstaaten – unabhängig von ihrer unterschiedlichen Ausprägung und Intensität – sind die aufgezählten theoretischen Zugänge zur Erklärung von Wanderungen hilfreich, aber nicht spezifisch genug. Das Wanderungsgeschehen innerhalb Europas und nach Europa lässt sich nur dann befriedigend erklären, wenn die Dualität von staatlichem Handeln und wirtschaftlicher Entwicklung berücksichtigt wird. Ein solches Modell geht damit über ein ausschließlich ökonomisch argumentierendes Push- und Pullmodell ebenso hinaus wie über den sehr allgemeinen und makrohistorischen Ansatz eines Weltsystems.

Wanderungen nach Europa ergeben sich zunächst aus einem komplexen Zusammenspiel von unterschiedlich hergeleiteten Push- und Pullfaktoren, die von potenziellen Migranten wahrgenommen werden (vgl. Abb. 1). Pullfaktoren sind dabei Attraktivitäten, die potenzielle Migranten zu einer Realisierung des Migrationswunsches schreiten lassen. Pushfaktoren werden als Gegensatz zu den Pullfaktoren gedacht und stellen Bedingungen dar, die zum „Hinausdrängen“ von potenziellen Migranten führen.

In den europäischen Staaten wirkt die Nachfrage nach Arbeitskräften generell als der bedeutendste Pullfaktor, denn die Majorität aller Zuwanderungen ist Arbeitsmigration. Die öffentliche Wahrnehmung mag dem widersprechen, denn sie konzentriert sich häufig auf die Asylwanderung, was auch zu einer quantitativen Überschätzung der realen Zahl führt; die Masse an Zuwanderern sind aber jene, die aus Gründen der Erwerbstätigkeit und der höheren Löhne zuwandern. So lautet zumindest der grobe empirische Befund für fast alle europäischen Staaten.



Quelle: Eigener Entwurf

Abb. 1: Pullfaktoren der internationalen Wanderungen, schematisiert

Die Nachfrage nach Arbeitskräften übt einen direkten Anziehungseffekt auf potenzielle Migranten aus. Menschen, die in Europa oder außerhalb Europas leben, erhalten Informationen über diese Nachfrage und die Erwerbsmöglichkeiten in Europa und entschließen sich nach Abwägung von Kosten und Nutzen zur Zuwanderung oder zur Sesshaftigkeit. Der Ansatz, der den erwarteten subjektiven Nutzen (SEU-Theorie) dabei in den Mittelpunkt stellt, offeriert dafür einen entsprechenden theoretischen Hintergrund, wird aber an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt.³⁾

Eine weitere Überlegung sei dem virtuellen Pool an wanderungsbereiten Menschen gewidmet. Dieser virtuelle Pool an potenziellen Migranten ist nicht ubiquitär verteilt, wie es der Push- und Pullansatz implizit unterstellt. Der Push- und Pullansatz geht bekanntlich davon aus, dass alle Menschen wanderungsbereit sind und diese Absicht dann realisiert wird, wenn die saldierten Pull- und Pushfaktoren in einem Zielland, verglichen mit den saldierten Pull- und Pushfaktoren in einem Herkunftsland und nach Abwägung von intervenierenden Variablen, einen überwiegenden Nutzen versprechen. Die Unterstellung, dass überall alle Menschen die Situation in allen Staaten und Regionen dieser Welt nach besseren Bedingungen observieren, ist aus der Sicht der Migration System Theory alles andere als realistisch. Es gibt politische, kulturelle und historische Faktoren, die den Blick der potenziellen Migranten verengen, ganz bestimmte Zielstaaten auf das „Radar“ der Aufmerksamkeit holen und eine spezifische Verknüpfung von Herkunfts- und Zielland wahrscheinlich erscheinen lassen. Dazu kommen Netzwerke, die Informationen in die ehemaligen Herkunftsländer zurückfließen lassen und damit die geographischen Verknüpfungen perpetuieren. Der virtuelle Pool an abwanderungsbereiten Menschen mit Blick auf Europa hat daher auch eine spezifische Geographie, die nicht exakt bestimmbar, aber dennoch mit verschwommenen Grenzen verortbar ist.

Zurück zur Nachfrage nach Arbeitskräften als der entscheidenden Steuerungsgröße im europäischen Kontext: Es ist offensichtlich und auch empirisch immer wieder nachweisbar, dass die Nachfrage selbst nicht losgelöst von anderen Faktoren ist, sondern eingebettet erscheint in – im Wesentlichen – demographische und ökonomische Faktoren. Der demographische Faktor besteht in der Steuerung des Arbeitskräfteangebots über die Geburtenentwicklung und – aber weitgehend zu vernachlässigen – die Sterblichkeit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und davor. Entscheidend ist die Geburtenentwicklung, denn diese beeinflusst unmittelbar, wenn auch mit einer Zeitverzögerung das Arbeitskräfteangebot und die Zugangszahl zum Arbeitsmarkt. Eine sinkende Geburtenzahl führt zeitversetzt zu einem schrumpfenden Potenzial an erwerbsfähigen Menschen und in weiterer Folge – wenn Erwerbsquoten konstant bleiben – zu einem sinkenden Arbeitskräfteangebot. Wenn das Arbeitskräfteangebot unter die Nachfrage zu sinken droht, dann übt das einen über die Unternehmen und die staatliche Migrationspolitik vermittelten Einfluss auf die Pullfaktoren aus. Ein Ausfüllen der offenen Stellen über eine kompensatorische Zuwanderung war und ist in allen europäischen Staaten zu beobachten.

³⁾ Das Modell der Subjective Expected Utility (SEU; auch Werterwartungstheorie) verknüpft subjektive Merkmale mit sozioökonomischen Faktoren und unterstellt, dass die wandernden Personen ihren subjektiven Nutzen durch die Migration zu maximieren versuchen (DE JONG & FAWCETT 1981; ESSER 1991).

Natürlich hängt dieser politisch vermittelte Ruf nach Zuwanderung von der ökonomischen Entwicklung ab, die ihrerseits die Nachfrage nach Arbeitskräften beeinflusst. Die ökonomische Entwicklung verläuft in den marktwirtschaftlichen Systemen Europas bekanntlich nicht immer gleich, sondern in ausgeprägten Zyklen, mit denen die Zuwanderung von Arbeitskräften auch korreliert. Das zyklische Auf und Ab der ökonomischen Entwicklung ist generell beobachtbar, in einzelnen Sektoren aber auch spezifisch ausgeprägt.⁴⁾

Neben den langfristigen Zyklen wirken aber auch kurzfristige Ereignisse. Fußballweltmeisterschaften oder Olympische Spiele können solche kurzfristige Ereignisse darstellen, die in der Regel von einer massiven Investitionstätigkeit in die öffentliche Infrastruktur begleitet sind. Das führt zu einer besonders hohen Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Sektoren (z.B. Bauwirtschaft und Tourismus), die nicht durch das im Inland verfügbare Potenzial an erwerbsfähigen Menschen abgedeckt werden kann. Kurzfristige Zuwanderung ist die Folge, die auch mehr den Charakter einer zeitlich befristeten Wanderung besitzt, denn mit dem Auslaufen der öffentlichen Investitionstätigkeiten verlassen viele Zuwanderer wieder das Land.

Schließlich ist bei der Erklärung der Nachfrageentwicklung ein Faktor zu berücksichtigen, der besonders in den europäischen Wohlfahrtsstaaten eine Rolle spielt. Die Höherqualifikation der Bevölkerung und die Segmentierung der Arbeitsmärkte in stabile Kerne und flexible Ränder erhöhen immer wieder eine spezifische Nachfrage nach eher gering qualifizierten Arbeitskräften, die bereit sind, jene Tätigkeiten auszufüllen, welche die im Inland wohnhafte Bevölkerung nicht mehr ausüben möchte. Mit der politisch intendierten Erhöhung der schulischen Qualifikation und der Akademikerquote meiden immer mehr Menschen die unsicheren und niedrigqualifizierten Arbeitsplätze des sekundären Arbeitsmarktes und streben in den besser bezahlten und karrieremäßig abgesicherten primären Arbeitsmarkt. Der sekundäre Arbeitsmarkt im Bereich des Tourismus, der Landwirtschaft, des Baugewerbes, aber auch der Industrie und des Dienstleistungssektors steht damit immer vor einer tendenziellen Angebotslücke, die durch Zuwanderung aufgefüllt wird – fast möchte man sagen, aufgefüllt werden muss.

Die zyklisch und sektoral veränderliche Nachfrage nach Arbeitskräften beeinflusst ihrerseits wiederum das staatliche Handeln. Die Wirtschaft und ihre Interessensvertreter sind wichtige Akteure im politischen Prozess der europäischen Wohlfahrtsstaaten und ihre Interessen werden in der einen oder anderen Form staatlich umgesetzt. Quoten der Zuwanderung werden erhöht, wenn die Arbeitskräftenachfrage ansteigt und das im Inland vorhandene Arbeitskräfteangebot zu wenig ist oder zu teuer wird, oder Staaten schließen bilaterale Verträge ab, um zwischenstaatliche Wanderungen zu kanalisieren. Damit sendet der Staat seinerseits Signale aus, welche von den potenziellen Migranten empfangen werden und die dann dementsprechend ihren Wanderungswunsch realisieren oder davon Abstand nehmen.

⁴⁾ Die europäische Migrationsdebatte der vergangenen Jahre war und ist durch solche zyklischen und sektoralen Engpässe, die dann durch Zuwanderung immer wieder abgedeckt werden, gekennzeichnet. Die Zuwanderungen von Pflegekräften, von IT-Fachleuten, von Schweißern oder von touristischen Fach- und Hilfskräften sind bekannte Beispiele für die Bedeutung der Nachfragerelation für die Migrationspolitik.

Staatliches Handeln im Bereich der Asylnmigration hat natürlich auch einen Einfluss auf die Wanderungsentscheidung der an Abwanderung denkenden Bevölkerung. Menschen, die aus Gründen, die in der Genfer Flüchtlingskonvention beschrieben sind, ihr Land verlassen, um in einem anderen Land Schutz zu suchen, werden aus nachvollziehbaren Gründen versuchen, in jenem Land Asyl zu erlangen, in dem die Bedingungen der Aufnahme, der Betreuung und des Verfahrens günstig sind. Diese Möglichkeiten sind durch Maßnahmen der gemeinsamen Asylpolitik in Europa eingeschränkt worden, stellen aber dennoch einen unterschiedlich starken Pullfaktor dar.

In den europäischen Wohlfahrtsstaaten, aber nicht nur dort, wird das staatliche Handeln von politischen Interessen und Parteien bestimmt. Es gehört zum Wesen einer repräsentativen Demokratie, dass das Handeln des Staates von gewählten Vertretern verantwortet wird. Auf das Wirken der Interessensvertretungen der Wirtschaft, die tendenziell für eine Ausweitung der nationalen Arbeitsmärkte plädieren, wurde schon hingewiesen. Ihnen gegenüber stehen die Interessensvertreter der Arbeitnehmer, die gegen die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch Erweiterung der nationalen Arbeitsmärkte über die Staatsgrenzen hinaus auftreten, um damit ihre Verhandlungsmacht zu stärken. Je größer die „industrielle Reservearmee“ ist, die vor den Toren der Unternehmen auf Beschäftigung wartet, desto schwächer wird die Verhandlungsmacht derer, die die Interessen der Arbeitnehmer an hohen Löhnen und stabiler Beschäftigung vertreten.

Das Wirken des Staates im Bereich der Pullfaktoren wird aber nicht nur von den Interessensvertretungen geprägt, sondern auch von den politischen Parteien und damit wiederum von der Rationalität des politischen Marktes. Eine von Parteien vertretene Politik für oder gegen Zuwanderung orientiert sich immer auch an den öffentlichen Meinungen und an den Möglichkeiten, mit ihrer Thematisierung in die eine oder andere Richtung Wählerstimmen zu gewinnen.

Das reale Geschehen, die öffentliche Meinung und die parteipolitische Thematisierung vollziehen sich dabei nicht immer synchron. Manchmal enteilt die öffentliche Meinung der parteipolitischen Thematisierung, manchmal thematisieren Parteien aber auch ein Geschehen, welches in der Realität und von der Bevölkerung längst akzeptiert wurde. Mit der öffentlichen Meinung wird implizit auch die durch Medien veröffentlichte Meinung angesprochen und damit das konzeptionelle Modell erweitert. Auch das ist unbestritten: die Medien beeinflussen durch ihre Form der Realitätserfassung und Darstellung den politischen Markt, auf dem Wählerstimmen verteilt werden, damit die parteipolitische Ausrichtung und à la longue auch das staatliche Handeln.

2.2 Pushfaktoren in potenziellen Herkunftsstaaten (vgl. Abb. 2)

Aus Gründen der Vollständigkeit sollen die wesentlichen Pushfaktoren in den realen oder potenziellen Herkunftsländern der europäischen Wanderung dargestellt werden. Auch hier sind es zwei wesentliche Faktoren, die zu einer Erhöhung der Zahl der abwanderungsbereiten Menschen führen können, nämlich der Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und das staatliche Handeln auf der anderen Seite.

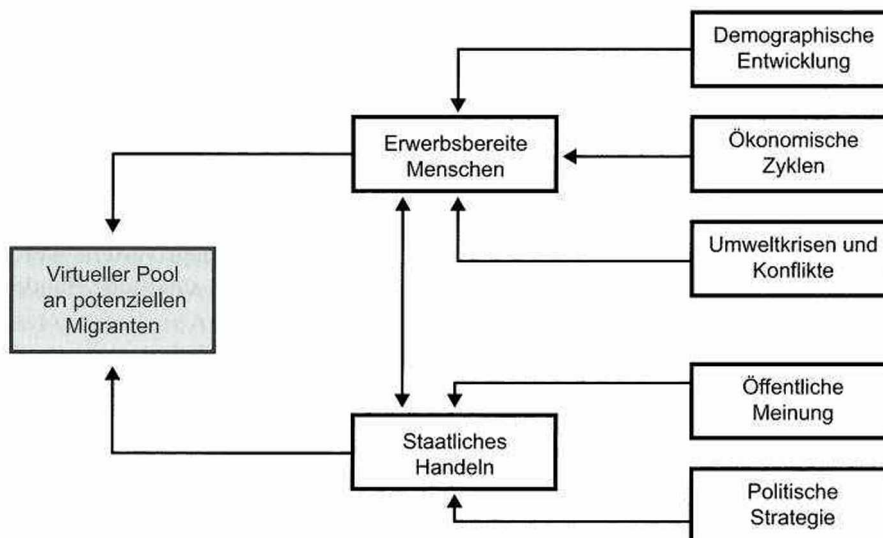
Ein Arbeitsmarkt, der durch Asymmetrien von Angebot und Nachfrage gekennzeichnet ist, erhöht den Pool an abwanderungsbereiten Menschen. Insbesondere dann, wenn

diese Asymmetrie dauerhaft erscheint und wenig Perspektiven einer qualifikationsadäquaten Beschäftigung einräumt, werden Menschen beginnen, an Auswanderung zu denken. Dabei erhöht sich die Asymmetrie, wenn die demographische Entwicklung durch hohe Geburtenzahlen für eine weitere Erhöhung des Arbeitskräfteangebots sorgt, denn mit Zeitverzögerung wird sich das in hohen Zugangszahlen zum Arbeitsmarkt niederschlagen. Staaten wie Ägypten oder Marokko befinden sich in einer solchen Situation.

Die Asymmetrien zwischen Angebot und Nachfrage werden abermals durch ökonomische Zyklen verschärft oder auch abgeschwächt. Dazu kommen in den potenziellen Herkunftsstaaten europäischer Wanderungen aber auch Umweltkrisen und kriegerische Konflikte, die zu einer ausgesprochen starken Asymmetrie auf den Arbeitsmärkten führen. In Kriegen und bei Umweltkrisen sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften extrem, während das Angebot nahezu unverändert eine Erwerbstätigkeit sucht.

Schließlich ist abermals das staatliche Handeln zu erwähnen, welches die Pushfaktoren beeinflusst, auch wenn seine Bedeutung außerhalb der sozialen Wohlfahrtsstaaten deutlich geringer ist. Dabei kann es einerseits eine gezielte Politik der Förderung von Auswanderung geben. Emigration wird dabei als eine Möglichkeit betrachtet, Arbeitskräfte zu exportieren, um die Erwerbslosigkeit im Inland zu verringern, Oppositionelle loszuwerden und um über Rücküberweisungen (Remittances) Kapital ins Land zu holen. Die Industriestaaten exportieren Fertigprodukte, Marokko – um ein Beispiel zu geben – sieht sich als Exporteur des Produktionsfaktors „Arbeit“.

Andererseits kann staatliches Handeln aber auch durch repressive Maßnahmen Flucht und Abwanderung politischer oder gesellschaftlicher Gruppen auslösen. Dazu



Quelle: Eigener Entwurf

Abb. 2: Pushfaktoren in den Herkunftsstaaten, schematisiert

kommt die öffentliche Meinung über Abwanderung: wird diese als ein probates Mittel gesehen, um sich selbst und dem Land zu helfen, oder wird sie als „Verrat“ stigmatisiert? In den potenziellen Herkunftsländern europäischer Migration in Nordafrika, am Balkan und in Kaukasien trifft sicherlich Ersteres zu: sie wird als ein probates Mittel gesehen, welches auch in unterschiedlichem Ausmaß staatlich unterstützt wird.

2.3 Zyklen der Veränderung

Die Pullfaktoren, die von den europäischen Staaten signalisiert werden, haben eine charakteristische Veränderung erfahren. Europa war über viele Jahrzehnte ein Auswanderungskontinent mit stark ausgeprägten Pushfaktoren und nur schwach entwickelten Pullkräften. Seit den 1960er Jahren hat sich für Europa in den Grenzen der EU-27 dieses Verhältnis gedreht. Europa wurde zu einem Zuwanderungskontinent mit einer Dominanz der Pullfaktoren. Dieser Wandlungsprozess verlief weder friktionsfrei noch linear, sondern zeigte ein charakteristisches Muster, welches vom realen Wanderungsgeschehen in erster Linie Deutschlands und Österreichs abgeleitet im Folgenden modellhaft vorgestellt wird (vgl. Abb. 3).

Über viele Jahrzehnte waren die meisten europäischen Staaten durch eine junge Bevölkerung und ein rasch wachsendes Arbeitskräfteangebot gekennzeichnet. Diese Situation reicht historisch weit zurück. Während der transformativen Phase des demographischen Überganges im ausgehenden 19. Jahrhundert stellte die Überseewanderung in die USA, nach Kanada, Südamerika und später auch Australien eine



Quelle: Eigener Entwurf

Abb. 3: Das Konzept des Migrationszyklus

willkommene Möglichkeit dar, einen Teil des Arbeitskräfteangebots zu exportieren.⁵⁾ Je nach Timing des demographischen Überganges war das rasche Wachstum der jungen Bevölkerung in manchen Staaten Europas früher beendet als in anderen. Darin liegt beispielsweise der entscheidende Grund, warum sich Frankreich nicht in einem signifikanten Ausmaß an der Überseewanderung beteiligt hat und beteiligen konnte.

Die innereuropäischen Wanderungen vom Süden in den Norden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lassen sich ebenso als Ausdruck eines unterschiedlichen Timings des demographischen Überganges und der ökonomischen Entwicklung deuten. Der Süden Europas (Italien, Spanien, Portugal, Griechenland) verzeichnete eine „Verspätung“ beim demographischen Wachstum und gleichzeitig eine sich nur mäßig entwickelnde Wirtschaft, während der Norden (Deutschland, Schweden, Schweiz, Österreich und andere) auf einen bereits länger abgeschlossenen demographischen Anpassungsprozess zurückblicken konnte.

Für die meisten europäischen Staaten war Zuwanderung jedoch kein Thema des öffentlichen Diskurses; und auch in jenen Staaten, die relativ früh zum Ziel innereuropäischer Wanderungsprozesse wurden – in Deutschland, Österreich oder der Schweiz – blieb das Thema unbeachtet. Beigetragen hat dazu auch eine strikt nachfrageorientierte Wanderung von Arbeitskräften, die bei Bedarf auch wieder zurückgeschickt wurden und die im öffentlichen Leben nicht auffielen, weil sie direkt bei der Baustelle oder im Produktionsbetrieb arbeiteten und wohnten.

Die Situation änderte sich nach und nach. Der langfristig zu beobachtende Geburtenrückgang zeigte seine Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot, welches mit der wachsenden Nachfrage nicht mehr Schritt hielt. Insbesondere in jenen Sektoren, die von einer besser qualifizierten und anspruchsvoller gewordenen inländischen Wohnbevölkerung mehr und mehr gemieden wurden, traten Angebotsverknappungen auf, die durch Zuwanderung ausgeglichen wurden. Der internationale Wanderungssaldo drehte sich ins Positive, der „Tipping Point“ des Überganges von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland wurde erreicht. Das Österreich zu Anfang der 1960er Jahre könnte als Beispiel für den Beginn dieser Veränderungsphase dienen.

Mit der Zunahme der Zuwanderung war aber auch die Krise vorprogrammiert. Beim ersten Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften stellte sich die eminent wichtige Frage nach der Verteilung der Arbeit auf die erwerbsbereite Bevölkerung jeweils neu. Die nationalstaatliche Antwort war dabei eindeutig: die inländische Bevölkerung war (und ist) zuerst zu berücksichtigen. Mit einer zyklisch immer wieder einsetzenden Krise begannen sich die Arbeitsmärkte zu schließen und klar adressierbare Personengruppen auszuschließen. Die Phase der Veränderung ist auch durch das Entdecken der „Ausländerfrage“ gekennzeichnet. Die öffentliche Meinung nahm sich dieses Themas an und entdeckte mit Zeitverzögerung die Zuwanderung; auch deswegen,

⁵⁾ Das Modell des demographischen Überganges beschreibt die grundsätzliche Änderung der Bevölkerungsentwicklung eines Staates oder einer Region. Nach einer stabilen Phase mit hoher Fertilität und Mortalität setzt eine transformative Phase ein. Die Geburtenrate bleibt konstant hoch, während die Sterberate sinkt. Die Bevölkerungsschere öffnet sich, das Bevölkerungswachstum ist ausgesprochen hoch. In der daran anschließenden Einlenkungsphase nimmt die Geburtenrate sehr stark ab, während die Sterberate kaum noch sinkt. Das Bevölkerungswachstum geht zurück, die Bevölkerungsschere schließt sich, ein neues Gleichgewicht hat sich eingestellt.

weil die zugewanderte Bevölkerung selbst sichtbarer geworden war. Sie war Teil der Gesellschaft geworden, nicht mehr nur männlich und alleinlebend, sondern hatte die Familien nachgeholt und sich in den Innenstädten niedergelassen.

Gesellschaften lernen, mit neuen Situationen umzugehen. Nach einer Phase der Veränderung schloss sich eine Phase der neuen Stabilität an. Diese Phase kann rasch wieder beendet werden, wenn sich die grundsätzlichen Pullfaktoren – der Arbeitsmarkt und das staatliche Handeln – verändern. Diese Phase der neuen Stabilität war jedenfalls durch eine langsame Konsensbildung wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen, einschließlich der meisten Parteien, gekennzeichnet, die Zuwanderung als einen Teil von Normalität akzeptierten. Sie haben auch dafür gesorgt, dass nach einer langen Wartezeit („Legislation Gap“) ein differenziertes migrationspolitisches Steuerungssystem geschaffen wurde, welches sich funktional zur demographischen und ökonomischen Entwicklung verhält.

Das in Abbildung 3 stark vereinfacht dargestellte Drei-Phasen-Modell beschreibt anhand stilisierter Faktoren den Wandel eines Auswanderungslandes zu einem Einwanderungsland. Es geht von einer relativ stabilen Ausgangssituation aus, thematisiert die Veränderungen und postuliert nach einem staatlichen und gesellschaftlichen Lernprozess eine neue relative Stabilität. Es ist klar, dass damit nicht das Ende einer Entwicklung erreicht ist. Grundsätzliche Änderungen der Rahmenbedingungen führen zu einem Ende dieser relativen Stabilität und leiten möglicherweise einen neuen Zyklus der Anpassung ein. Das Drei-Phasen-Modell ist damit kein teleologisches Konzept, welches sich zur Prognose eignet, sondern lediglich ein verallgemeinertes Beschreibungsschema.

2.4 Junge und alte Einwanderungsstaaten

Staaten entwickeln sich von Auswanderungs- zu Einwanderungsländern und durchleben dabei den beschriebenen zyklischen Anpassungsprozess. Der Wechsel von Stabilität über eine „Störung“ und Adaption zu neuer Stabilität sind dessen Kennzeichen auf staatlicher Ebene. Ein ehemaliges Auswanderungsland wird zu einem Einwanderungsland, und dazwischen liegen eine oder mehrere Phasen der strukturellen und politischen Umgestaltung des dominanten Migrationsregimes.

Wenn dieser konzeptionelle Gedanke nicht als abwegig erscheint, dann kann als Nächstes gefragt werden, wie eine Typisierung europäischer Staaten nach diesem zyklischen Modell aussehen kann. In welcher Phase dieses Zyklus befinden sich Österreich oder Spanien, und erweist sich eine solche Einstufung als empirisch haltvoll? Dabei soll keineswegs unterstellt werden, dass alle europäischen Staaten das exakt gleiche Zyklusmodell durchlaufen, und es wird auch nicht postuliert, dass die einzelnen Phasen des Zyklus immer gleich lang sind und gleiche Merkmale aufweisen. Aber die Überlegung geht – wie ausgeführt wurde – davon aus, dass sich alle europäischen Staaten in einer mehr oder minder ähnlichen Form von Auswanderungsländern zu Einwanderungsländern entwickeln. Dafür sprechen der langfristige demographische Trend ebenso wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Weitergabe von staatlichen „Lernprozessen“, aber auch die Konvergenz der Migrationsregimes unter dem Einfluss der europäischen Einigung.

„Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“	„junge“ Einwanderungsstaaten	„reife“ Einwanderungsstaaten	ehemalige Kolonialstaaten
Bulgarien, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn u.a.	Griechenland, Irland, Italien, Spanien, Portugal u.a.	Belgien, Dänemark, Deutschland, Niederlande, Schweden u.a.	Frankreich, Vereinigtes Königreich
Konstanter oder negativer Wanderungssaldo; Auswanderung (aber nicht Zuwanderung) Thema des öffentlichen Diskurses	Erstmals positiver Wanderungssaldo; Zuwanderung konfliktreiches Thema des öffentlichen Diskurses; beginnende Adaption	Strukturell bedingter positiver Saldo; beginnende Konsensbildung beim Thema Zuwanderung; nach „legislation gap“ neues Wanderungsregime installiert	Wanderungen innerhalb der Kolonialreiche folgten anderer „Logik“ und anderen rechtlichen Bestimmungen

Quelle: Eigener Entwurf

Abb. 4: Das Konzept des Migrationszyklus

Aus der Übertragung des Zyklusansatzes auf konkrete Staaten ergeben sich drei Staatengruppen (vgl. Abb. 4): die erste Staatengruppe kann als „Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“ bezeichnet werden, um zum Ausdruck zu bringen, dass die Einwanderungssituation noch nicht manifest, aber in Zukunft wahrscheinlich ist. Die Staaten des östlichen Europas – Bulgarien, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, u.a. – gehören dieser Gruppe an. In der Zeit des realen Sozialismus und der Mobilitätsbeschränkung war Zuwanderung kein Thema, auch aufgrund des sehr viel später einsetzenden Geburtenrückganges. Diese Staaten befinden sich hinsichtlich der internationalen Wanderung in einer relativ stabilen Ausgangslage mit konstanten oder negativen Wanderungssalden.

Die zweite Staatengruppe kann als „junge“ Einwanderungsstaaten etikettiert werden, um anzudeuten, dass der positive Wanderungssaldo erst vor wenigen Jahren eingetreten ist. In den jungen Einwanderungsstaaten stellt das Thema Zuwanderung ein sehr konfliktreiches Thema des öffentlichen Diskurses dar und der Lernprozess steht in einem frühen Stadium. Dieser Staatengruppe sind die südeuropäischen Staaten – Griechenland, Italien, Spanien und Portugal – zuzuordnen, aber auch Irland, das erst seit wenigen Jahren mit nennenswerter Einwanderung konfrontiert ist.

Schließlich können als dritte Staatengruppe die „reifen“ Einwanderungsländer proklamiert werden. Diese reifen Einwanderungsländer befinden sich am Ende des Anpassungszyklus und haben gelernt, mit der Zuwanderung politisch, instrumentell und im öffentlichen Diskurs umzugehen. Der „Tipping Point“ liegt schließlich auch schon etliche Jahrzehnte zurück. Belgien, Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Schweden, aber auch Österreich werden dieser Gruppe zugeordnet.

Die beiden großen Kolonialstaaten, Frankreich und das Vereinigte Königreich, werden zunächst keiner Staatengruppe zugeordnet. Es hat den Anschein, dass Zu- und Abwanderung hier anderen Logiken folgten als jenen, die konzeptionell ausführlich beschrieben wurden.

3 Empirische Belege

Nach dem ausführlichen konzeptionellen Herleiten der Staatengruppierung erfolgt nun eine empirische Überprüfung. Macht die vorgeschlagene Staatengruppierung, die sich aus den dominanten Pullfaktoren und deren zeitlicher Veränderungen ergibt, auch Sinn? Um diese empirische Frage zu beantworten, werden zunächst die langfristigen Wanderungssalden der Mitgliedstaaten der EU-27 (ohne Zypern und Malta) analysiert. Diese Wanderungssalden werden von der United Nations Population Division errechnet und stellen die einzige einigermaßen vergleichbare und langfristige Datenquelle zur internationalen Wanderung dar.⁶⁾

3.1 Wanderungssaldo 1950–2010

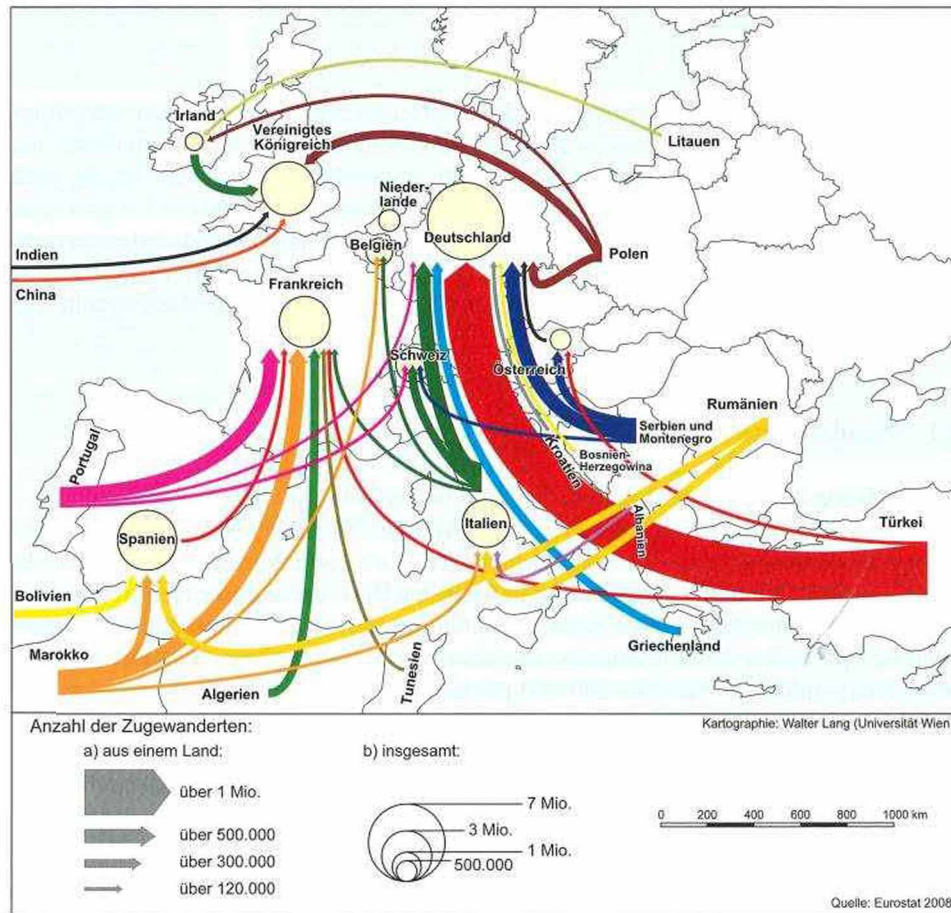
Die Daten aus der Datenbank der Population Division der United Nations erlauben eine langjährige Betrachtung der Wanderungssalden für jeden einzelnen Staat sowie die Rückrechnung der EU-27 bis in das Jahr 1950. Es zeigt sich dabei, dass der charakteristische Wandel von Auswanderung in Richtung Einwanderung eingetreten ist. Bis Anfang der 1960er Jahre haben mehr Menschen die EU-27 verlassen als zugewandert sind. Europa war zu diesem Zeitpunkt noch ein Auswanderungskontinent. Der negative Wanderungssaldo von mehr als 200.000 jährlich drehte sich erstmals im Jahrfünft von 1960–65 („Tipping Point“). Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte hatte sich als arbeitsmarktpolitische Maßnahme durchgesetzt und viele europäische Staaten deckten ihren zusätzlichen Arbeitskräftebedarf als Folge einer guten wirtschaftlichen Entwicklung durch Zuwanderung.

Lediglich in den Jahrfünften mit ökonomischen Krisenjahren (1968, 1973, 1980) sank der positive Saldo der EU-27 oder nahm nicht in dem Ausmaß zu wie es erwartbar gewesen wäre. Ab Mitte der 1980er Jahre war der internationale Wanderungssaldo der EU-27 mit dem „Rest der Welt“ jedoch immer positiv und erhöhte sich von Jahrfünft zu Jahrfünft. In den Jahren zwischen 2005 und 2010 liegt er aufgrund der vorläufigen und teilweise prognostizierten Ergebnisse bei rund 1,3 Millionen. Das heißt: Jahr für Jahr wandern um 1,3 Mio. Menschen mehr in die EU-27 ein als aus, und das scheint sich zu stabilisieren.⁷⁾

Eine Karte, die die wichtigsten Wanderungen, differenziert nach Herkunfts- und Zielgebieten darstellt, soll einen Überblick über diese seit einigen Jahrzehnten ablaufende Zuwanderung vermitteln (vgl. Abb. 5). Was sich damit eindrucksvoll belegen lässt, ist die Bedeutung von geographisch zusammenhängenden Subsystemen mit jeweils spezifischen Herkunfts- und Zielgebieten. Die Herkunftsgebiete der Zuwanderung nach Deutschland liegen im Osten und Südosten Europas sowie besonders in der Türkei;

⁶⁾ Ursula REEGER hat im Rahmen des IDEA-Projekts die Nützlichkeit dieser Datenquelle entdeckt. Ihr sei dafür herzlich gedankt.

⁷⁾ Zur Vervollständigung der Darstellung: im langjährigen Durchschnitt (1950–2010) betrug der jährliche Wanderungsgewinn rund 420.000 Menschen.



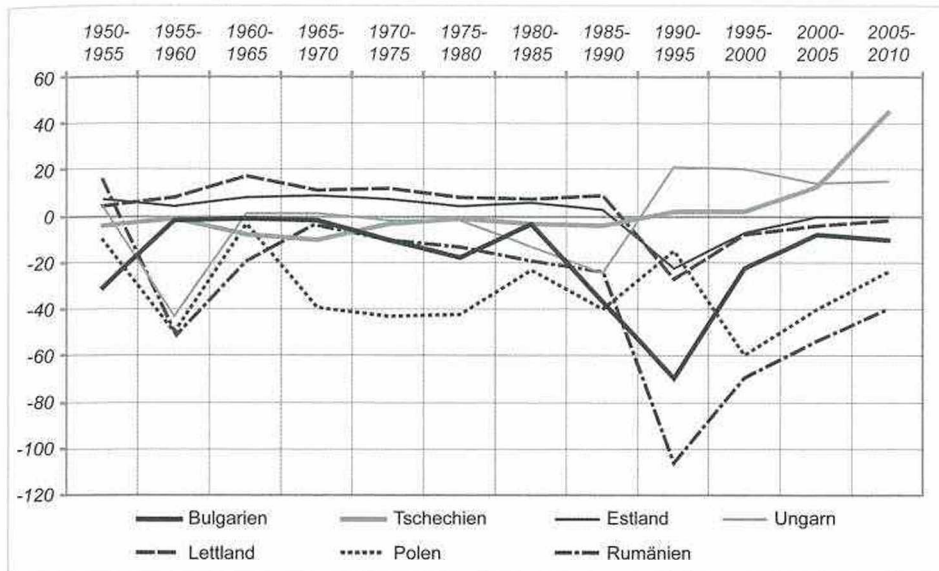
Quelle: FASSMANN 2009

Abb. 5: Ausgewählte Verflechtungen von Herkunfts- und Zielgebiet

die Zuwanderer nach Frankreich stammen dagegen aus dem Südwesten Europas und besonders aus Nordafrika. Für das Vereinigte Königreich sind Irland, die ehemaligen Kolonien und seit 2004 auch das östliche Europa migratorische „Hinterländer“.

Die Entwicklung von einer Auswanderungs- in eine Einwanderungssituation verlief innerhalb Europas aber nicht parallel, was nicht überraschend ist. Die konzeptionellen Vorüberlegungen haben ja deutlich gemacht, dass aufgrund der unterschiedlichen demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten der „Tipping Point“ in manchen Staaten erst wenige Jahre zurückliegt oder noch gar nicht erreicht ist. Bei anderen Staaten liegt dieser „Tipping Point“ jedoch aufgrund einer anderen demographischen und ökonomischen Situation schon viele Jahrzehnte zurück.

Die „Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“ umfassen – wie schon angedeutet – die Staaten des östlichen Europas, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind. Die meis-



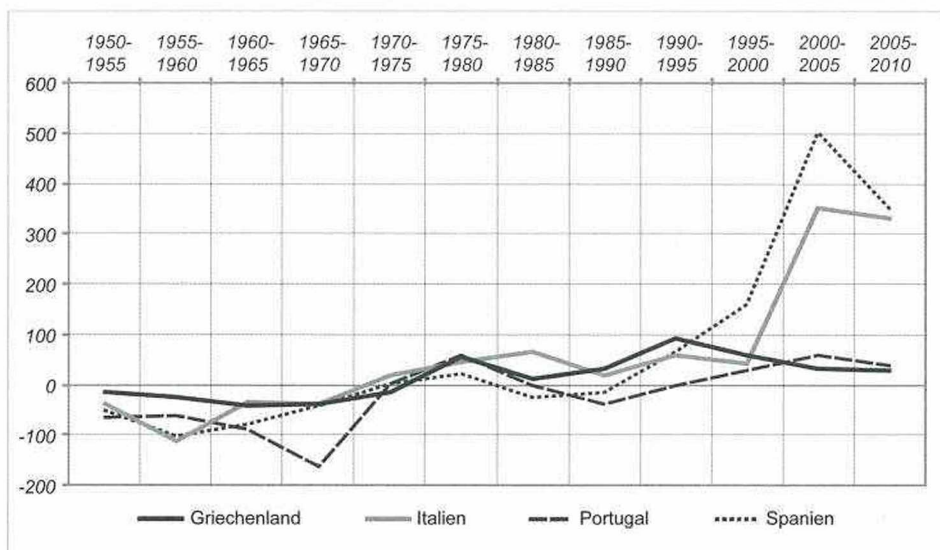
Quelle: UN Population Division. – <http://esa.un.org/unpp/index.asp?panel=7>

Abb. 6: Internationale Wanderungssalden 1950–2010 ausgewählter Staaten des östlichen Europas. Entlang der senkrechten Achse sind jeweils die durchschnittlichen jährlichen Salden in 1.000 Personen eines Jahrfünftes angegeben

ten dieser Staaten weisen noch immer einen negativen Wanderungssaldo auf, wobei dieser bis 1989/90 eher niedrig war, nach dem Fall des Eisernen Vorhanges deutlich anstieg und sich in den letzten Jahren verringert hat (vgl. Abb. 6). Der ökonomische Transformationsprozess nach dem Fall des Eisernen Vorhanges hat zum Verlust vieler Arbeitsplätze geführt und die Arbeitslosigkeit rasch ansteigen lassen. Zeitlich begrenzte oder dauerhafte Auswanderung war quantitativ sehr viel wichtiger als die Zuwanderung von neuen Arbeitskräften.

Langsam nimmt aber die Nachfrage nach Arbeitskräften zu und der extrem rasche Fertilitätsrückgang in der ersten Hälfte der 1990er Jahre hat nun einen sinkenden Übertritt aus Schule und Berufsausbildung in das Beschäftigungssystem zur Folge gehabt. Die hohen Abwanderungen verringern sich, manche Staaten haben den "Tipping Point" bereits hinter sich und zeigen positive Wanderungssalden (Tschechien, Ungarn, Slowenien und die Slowakei), bei anderen Staaten wird sich der "Tipping Point" erst einstellen. Insgesamt liegen die langfristigen Wanderungssalden seit 1950 in allen Staaten dieses Typus aber noch immer im negativen Bereich und reichen von -26.000 Personen pro Jahr in Polen und Rumänien bis -800 in Ungarn.

Die zweite Gruppe beinhaltet die „jungen“ Einwanderungsstaaten des südlichen Europas (vgl. Abb. 7). Alle Staaten Südeuropas haben sich zu jungen Einwanderungsländern gewandelt; und das, was Deutschland und Österreich Ende der 1950er Jahre erlebten, setzte Anfang der 1980er Jahre in Südeuropa ein, nämlich das Sich-Drehen des Wanderungssaldos ins Positive. Mit dem Beitritt zur EU und mit der wirtschaftli-



Quelle: UN Population Division. – <http://esa.un.org/unpp/index.asp?panel=7>

Abb. 7: Internationale Wanderungssalden 1950–2010 der südeuropäischen Staaten. Entlang der senkrechten Achse sind jeweils die durchschnittlichen jährlichen Salden in 1.000 Personen eines Jahrfünfts angegeben.

chen Profilierung wurden die Abwanderungen nicht nur gestoppt, sondern es setzte ein regelrechter Take-Off der Arbeitsmigration in die Landwirtschaft, in den Tourismus und in private Haushalte ein. Das war auch eine Folge des rückläufigen inländischen Arbeitskräfteangebots sowie der Höherqualifikation der Bevölkerung. Dazu kommt die Wanderung der älteren Bevölkerung aus dem Vereinigten Königreich, aus Deutschland oder den skandinavischen Staaten, die ihren Lebensabend im europäischen Sunbelt verbringen wollen.

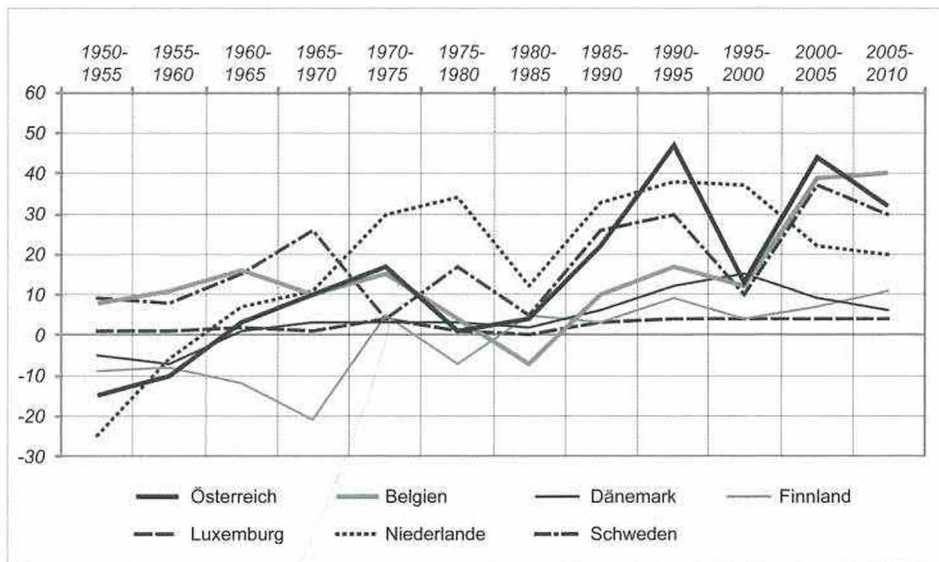
Der langjährige Wanderungssaldo betrug seit 1950 in Spanien rund +65.000 Personen pro Jahr, jener seit Anfang 1990 jedoch +269.000. Letzterer übertrifft auch den internationalen Wanderungssaldo in Deutschland und dokumentiert eindrucksvoll die Entwicklung zu einem Einwanderungsland und die zunehmende Konvergenz in diesem Bereich. Italien steht mit einem langfristigen positiven Wanderungssaldo von 58.000 Personen pro Jahr seit 1950 nicht nach.

Die südeuropäischen Staaten wurden zu Einwanderungsländern und sie erleben die gleiche gesellschaftliche und politische Polarisierung, die auch die älteren Einwanderungsländer in Europa kennen und vielleicht schon ein wenig überwunden haben. Einerseits sind Ressentiments der Bevölkerung des katholischen Spaniens oder des orthodoxen Griechenlands gegenüber einer verstärkten Zuwanderung aus Nord- oder Westafrika mit einem hohen Anteil an Muslimen zu beobachten. Andererseits ist deren Beschäftigung in Landwirtschaft oder Tourismus aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit in diesen Branchen willkommen. Einerseits finden in den genannten Staaten

regelmäßig Amnestierungen statt, um den rechtlichen Status der illegal anwesenden Zuwanderer zu legalisieren. Andererseits werden „Grenzbefestigungen“ errichtet, um künftige Zuwanderung abzuwehren. Die Signale sind widersprüchlich und wohl auch kennzeichnend für diesen Übergang vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland.

Zu einer dritten Gruppe sind die „reifen“ Einwanderungsländer Zentral-, West- und Nordeuropas zusammengefasst. Deutschland ist dabei das „prominenteste“ Beispiel, welches jedoch aufgrund seiner Größe nicht in Abbildung 8 aufgenommen wurde. Deutschland verzeichnete seinen „Tipping Point“ bereits Anfang der 1950er Jahre. Seit damals wies Deutschland fast immer einen positiven Wanderungssaldo auf, jedoch mit starker Koppelung an die konjunkturelle Entwicklung. Die wirtschaftlichen Einbrüche als Folge des ersten und zweiten Erdölpreisschocks bewirkten ein deutliches Sinken der positiven Wanderungssalden. Es wurden weniger Arbeitskräfte angeworben, und die Rückkehr von ausländischen Arbeitskräften wurde gefördert. Insgesamt beträgt der langjährige jährliche Wanderungssaldo (seit 1950) +181.000 Personen, der höchste Wert aller EU-Mitgliedstaaten.

Österreich, aber auch die Niederlande entsprechen hinsichtlich des Verlaufs des internationalen Wanderungssaldos dem deutschen Muster. Worin sich Österreich jedoch unterscheidet, sind die schwächere Koppelung des Wanderungssaldos an die Konjunkturerwicklung und der spätere Beginn der aktiven Anwerbung und damit des Sich-Drehens des Wanderungssaldos von Minus ins Plus. Anwerbeverträge wurden von der deutschen Regierung bereits Mitte der 1950er Jahre, von der österreichi-



Quelle: UN Population Division. – <http://esa.un.org/unpp/index.asp?panel=7>

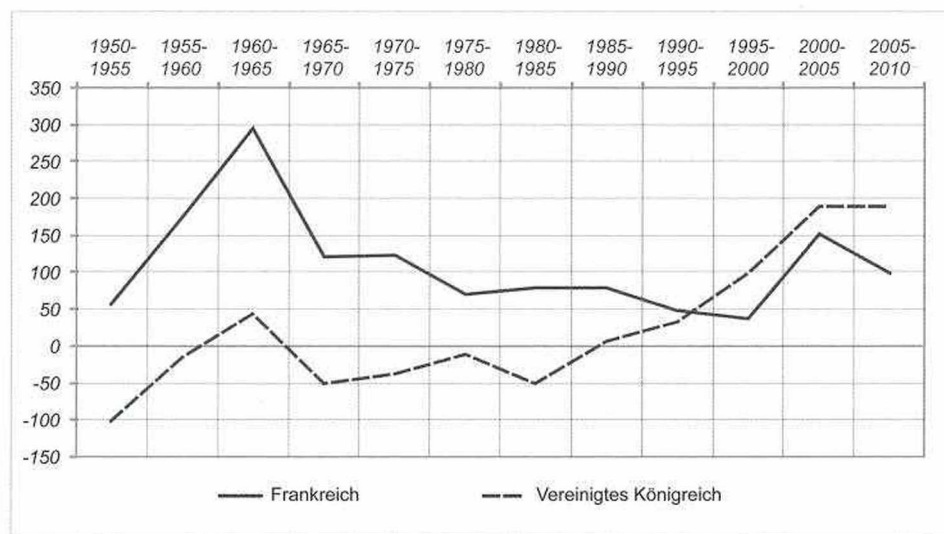
Abb. 8: Internationale Wanderungssalden 1950–2010 ausgewählter zentral-, west- und nordeuropäischer Staaten. Entlang der senkrechten Achse sind jeweils die durchschnittlichen jährlichen Salden in 1.000 Personen eines Jahrfünfts angegeben.

schen Regierung jedoch erst Anfang der 1960er Jahre unterzeichnet. Im langjährigen Durchschnitt der vergangenen sechs Jahrzehnte betrug der positive Wanderungssaldo Österreichs immerhin +14.000, in den vergangenen zwei Jahrzehnten jedoch +34.000.

Im Vergleich zu Österreich und den Niederlanden ist in Finnland der "Tipping Point" von dominanter Auswanderung zu dominanter Einwanderung später festzustellen, und zwar erst in den 1970er Jahren. Dagegen verzeichneten Schweden, Belgien und Luxemburg im gesamten Zeitraum von 1950 bis 2010 einen positiven Wanderungssaldo. Der "Tipping Point", den es in diesen Staaten auch gegeben hat, muss bereits vor 1950 gelegen sein. Die Zuordnung dieser Staaten zur Gruppe der „reifen“ Einwanderungsstaaten ist damit berechtigt.

Schließlich sind die beiden ehemaligen großen Kolonialstaaten,⁸⁾ das Vereinigte Königreich und Frankreich, anzuführen, die nur unzureichend mit dem Konzept des Migrationszyklus in Einklang zu bringen sind (vgl. Abb. 9).

Frankreich verzeichnete im gesamten Zeitraum immer einen positiven Wanderungssaldo. Das hängt einerseits mit einer aktiven Anwerbepolitik zusammen, die gezielt und von der öffentlichen Hand organisiert ausländische Arbeitskräfte angeworben hat. Andererseits hat Frankreich im Zuge des Entkolonialisierungsprozesses die zurückkehrenden Siedler, Soldaten und Verwaltungsbeamten ebenso aufgenommen wie die Bürger der ehemaligen Kolonien. Die Zuwanderung war nicht nur ökonomisch



Quelle: UN Population Division. – <http://esa.un.org/unpp/index.asp?panel=7>

Abb. 9: Internationale Wanderungssalden 1950–2010 für Frankreich und das Vereinigte Königreich. Entlang der senkrechten Achse sind jeweils die durchschnittlichen jährlichen Salden in 1.000 Personen eines Jahrfünfts angegeben.

⁸⁾ Natürlich waren auch Spanien, Portugal, die Niederlande oder Belgien bedeutende Kolonialstaaten, doch liegt ihre Kolonialherrschaft entweder schon weiter zurück oder währte nur kürzer, so dass ihr heutiges Migrationsregime dadurch weniger beeinflusst ist.

und arbeitsmarktorientiert – wie es in Deutschland der Fall war –, sondern auch von externen Ereignissen abhängig. Insgesamt weist Frankreich für den gesamten Zeitraum von 1950 bis 2010 einen errechneten positiven Wanderungssaldo von 112.000 Personen pro Jahr auf.

Das Vereinigte Königreich verzeichnete erst seit Mitte der 1980er Jahre einen kontinuierlich positiven Wanderungssaldo. Bis dahin war es eher durch Auswanderung als durch Einwanderung gekennzeichnet. Die Abwanderung von britischen Staatsbürgern in Richtung USA, Kanada und Australien übertraf über viele Jahrzehnte die Rückwanderung im Zuge des Entkolonialisierungsprozesses. Dazu kam, dass die Zuwanderung von Bewohnern der ehemaligen Kolonien immer mehr beschränkt wurde, denn das Bild des „Britain under siege“ ist nicht nur ein aktuell erzeugtes. In Summe betrug der positive Wanderungssaldo seit Anfang 1950 rund 25.000, seit Anfang 1990 jedoch 128.000 pro Jahr. Das Vereinigte Königreich ist ein Einwanderungsland jüngeren Datums und könnte, wenn man den vollkommen unterschiedlichen historischen Hintergrund nicht beachtet, auch der Gruppe der „jungen“ Einwanderungsländer zugeordnet werden.

3.2 Struktur der zugewanderten Bevölkerung

In einem zweiten empirischen Ansatz wird nun überprüft, in welchem Ausmaß sich die strukturellen Eigenschaften der zugewanderten Bevölkerung in den „Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“ sowie in den „jungen“ und „reifen“ Einwanderungsstaaten unterscheiden. Damit wird abermals der inhaltliche Gehalt der Typisierung empirisch getestet und zwar anhand des Labour Force Surveys (LFS) aus 2007.

Der LFS 2007 umfasst mehr als 3,8 Mio. Interviews und Datensätze und wurde von Eurostat im Rahmen des Projekts DEMIFER angekauft.⁹⁾ Darin sind aber die Daten der zugewanderten Bevölkerung in Deutschland und Irland aufgrund von Vorbehalten der deutschen und irischen Regierung gelöscht worden, was natürlich bedauerlich ist, weil mit Deutschland ein wichtiges Zielland europäischer Wanderungen ausfällt. Exkludiert wurden aus der Analyse auch die baltischen Republiken, die ihre russischen Minderheiten als Zuwanderer kategorisieren, obwohl diese schon lang anwesend sind oder in den baltischen Republiken zur Welt kamen. Schließlich wurden auch Luxemburg, Malta und Zypern nicht in die Analyse aufgenommen, weil insbesondere im Fall von Zypern eine historische Sondersituation die Frage nach der Zuwanderung verzerrt.

Der nachfolgenden Analyse liegen ungewichtet 3,6 Mio. Interviews zugrunde, was sicherlich eine verlässliche Datenbasis darstellt. Gewichtet stehen diese 3,6 Mio. für die 392 Mio. Einwohner der EU-27 ohne Deutschland, die baltischen Staaten, Irland und die Kleinstaaten Luxemburg, Malta und Zypern. Von diesen 392 Mio. Einwohnern sind fast 29,5 Mio. im Ausland zur Welt gekommen, 18,7 Mio. besitzen noch eine ausländische Staatsbürgerschaft (vgl. Tab. 1).

Dabei ist zu bedenken, dass sich der Ausländeranteil von 7,5% (nach dem Geburtsort) und 4,8% (nach der Staatsbürgerschaft) aus den summierten Ergebnissen der Mit-

⁹⁾ Für die umfangreichen Implementierungsarbeiten war Roman BAUER verantwortlich, der diese Arbeiten rasch und technisch versiert durchgeführt hat.

Gruppierung der Einwanderungs-länder (EWL)	im Ausland geboren		ausländische Staatsbürger		Bevölkerung insgesamt
	absolut	in %	absolut	in %	
Noch-nicht-EWL	894	0,9	254	0,3	94.137
junge EWL	10.296	8,2	8.327	6,6	124.865
alte EWL (ohne D)	5.446	10,3	2.970	5,7	52.518
Kolonialstaaten (F, UK)	12.778	10,6	7.208	5,9	120.362
Insgesamt	29.414	7,5	18.659	4,8	391.882

Quelle: Labour Force Survey 2007; eigene Berechnung

Tab. 1: Bestand der zugewanderten Bevölkerung nach dem Geburtsort und der Staatsbürgerschaft, 2007 (in 1.000 und in %)

gliedstaaten ergibt. Alle Ausländer beispielsweise in Österreich oder Belgien werden zusammengerechnet. Eingerechnet werden dabei Drittstaatsangehörige ebenso wie alle Belgier in Österreich, Franzosen im Vereinigten Königreich und Niederländer in Belgien. Das ist nicht ganz korrekt, denn EU-Bürger sind europäische Binnenmigranten und rechtlich der inländischen Bevölkerung weitgehend gleichgestellt. Analysiert man daher nur die außerhalb der EU-27 Geborenen, dann reduziert sich die Zahl um etwa ein Drittel. In den untersuchten Staaten (eben ohne Deutschland, Irland, die baltischen Staaten und die drei Kleinstaaten Malta, Zypern und Luxemburg) leben rund 20 Mio. in Drittstaaten Geborene und 12 Mio. Personen mit einer Staatsbürgerschaft eines Drittstaates.

Differenziert man die Zahl der im Ausland Geborenen und der ausländischen Staatsbürger nach der vorgestellten Typologie der Einwanderungsstaaten, dann ergibt sich eine markante Abstufung. In den „Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“ beträgt der Anteil der im Ausland Geborenen lediglich 0,9%, in den „jungen“ 8,2%, in den „alten“ Einwanderungsstaaten 10,3% und in den ehemaligen großen Kolonialstaaten Frankreich und Vereinigtes Königreich 10,6%. Je länger der „Tipping Point“ und damit die beginnende Dominanz der Zuwanderung im Vergleich zur Abwanderung zurückliegen, desto größer ist der Bestand an im Ausland Geborenen. Das Gleiche gilt in ähnlicher Weise für die ausländischen Staatsbürger, weil mit der Aufenthaltsdauer die Möglichkeit und die Chance des Erwerbs der Staatsbürgerschaft des Wohnsitzlandes in der Regel zunehmen. Der Ausländeranteil nach der Staatsbürgerschaft liegt daher in den „alten“ Einwanderungsländern deutlich unter dem der „jungen“ (vgl. Tab. 1).

Die Brauchbarkeit der Gruppierung der Staaten nach ihrer Stellung im Migrationszyklus zeigt sich auch bei den demographischen Strukturmerkmalen der im Ausland geborenen Wohnbevölkerung (vgl. Tab. 2). Je länger der „Tipping Point“ zurücklag und damit die Zuwanderung im Vergleich zur Abwanderung dominierte, desto älter ist die im Ausland geborene Bevölkerung und desto häufiger sind diese Personen verwitwet oder geschieden. Die jungen Einwanderungsstaaten weisen auch die jüngste zugewanderte Bevölkerung auf, die am häufigsten als ledige Personen zugewandert ist.

Gruppierung der Einwanderungsländer (EWL)	bis 15	15–60	60 und mehr	geschieden, verwitwet	ledig	verheiratet	insges.
Noch-nicht-EWL	3,2	48,0	48,7	24,1	17,7	58,1	895
junge EWL	7,1	85,5	7,4	9,1	38,8	52,1	10.296
alte EWL (ohne D)	5,5	78,4	16,1	14,8	30,8	54,4	5.446
Kolonialstaaten (F, UK)	6,2	72,9	20,9	15,0	28,8	56,2	12.777
Insgesamt	6,3	77,6	16,1	13,1	32,4	54,5	29.414

Quelle: Labour Force Survey 2007; eigene Berechnung

Tab. 2: Demographische Strukturmerkmale der im Ausland Geborenen, 2007 (in 1.000 und in %)

Die einzige Ausnahme stellen dabei die „Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“ im östlichen Europa dar. Manche Geburtsorte der befragten Polen, Ungarn und Tschechen liegen heute in der Ukraine, in Weißrussland, in Rumänien oder in der Slowakei. Sie sind Teil der europäischen Nachkriegsgeschichte, waren 2007 über 60 Jahre alt und fallen aufgrund der geringen Zahl an sonstigen im Ausland Geborenen besonders auf.

Der Zusammenhang von „Reife“ des Einwanderungslandes und Struktur der zugewanderten Bevölkerung wird durch die Qualifikationsstruktur und Erwerbsquote abermals bestätigt (vgl. Tab. 3). Die Erwerbsquote der über 15-jährigen Wohnbevölkerung mit Geburtsort im Ausland liegt mit 63% in den „jungen“ Einwanderungsländern deutlich an der Spitze. Die schon früher zugewanderte Bevölkerung in den alten Einwanderungsstaaten und in den ehemaligen großen Kolonialstaaten liegt deutlich darunter, aber insgesamt noch immer höher als bei der Wohnbevölkerung insgesamt. Die besondere Struktur der zugewanderten Bevölkerung in den „Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“ wird auch bei der Erwerbsquote deutlich.

Gruppierung der Einwanderungsländer (EWL)	Keine formale Bildung	Primarstufe	Sekundarstufe	Postsekundär und Tertiär	Erwerbsquote	insges.
Noch-nicht-EWL	2,7	1,5	78,0	17,8	37,8	844
junge EWL	3,4	16,3	62,2	18,1	63,1	9.479
alte EWL (ohne D)	5,1	9,8	59,7	25,4	54,6	4.925
Kolonialstaaten (F, UK)	3,3	15,7	56,4	24,5	52,9	11.105
Insgesamt	3,7	14,4	59,8	22,2	57,0	26.353

Quelle: Labour Force Survey 2007; eigene Berechnung

Tab. 3: Höchste abgeschlossene Qualifikation und Erwerbsquote der im Ausland geborenen über 15-Jährigen 2007 (in 1.000 und in %)

Bemerkenswert ist auch die hohe formale Bildung der im LFS erfassten zugewanderten Bevölkerung (vgl. Tab. 3). Das gilt für alle Staaten im Sample. Während von den hochgerechneten 360 Mio. über 15-Jährigen rund 20% eine postsekundäre oder tertiäre Schulbildung aufweisen, sind dies bei den im Ausland Geborenen und Zugewanderten 22%. In den südeuropäischen Einwanderungsstaaten ist die formale Qualifikation der Zuwanderer aber deutlich niedriger als in den zentral-, west- und nordeuropäischen Einwanderungsländern. Jedoch ist auch bemerkenswert, dass der Anteil der Zuwanderer, die keine formelle Schulbildung absolviert haben, doppelt so hoch ist wie der der jeweils einheimischen Bevölkerung.

Schließlich ist die Erwerbsstruktur der zugewanderten Bevölkerung zu beachten (vgl. Tab. 4). Der von Eurostat weitergegebene Datensatz vereinfacht jedoch Merkmale, um eine De-Anonymisierung der Daten zu verhindern. Die Angaben über die berufliche Stellung oder die sektorale Zugehörigkeit wurden auf wenige und leider nicht immer aussagekräftige Kategorien vereinfacht – eine Form des Datenschutzes, die nicht nachzuvollziehen ist. Dennoch zeigen sich Tendenzen in eine eindeutig interpretierbare Richtung.

Gruppierung der Einwanderungsländer (EWL)	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungssektor	insges.
Noch-nicht-EWL	4,6	37,5	57,8	645
junge EWL	3,9	34,8	61,2	6.187
alte EWL (ohne D)	1,2	23,7	75,1	2.683
Kolonialstaaten (F, UK)	0,8	21,4	77,8	6.277
Insgesamt	2,2	27,5	70,3	16.150

Quelle: Labour Force Survey 2007; eigene Berechnung

Tab. 4: Sektorale Zugehörigkeit der im Ausland geborenen über 15-Jährigen, 2007 (in 1.000 und in %)

Mit dem Alter der Einwanderungsstaaten sinkt die Bedeutung der Industrie und der Landwirtschaft als Arbeitgeber für die im Ausland geborene Bevölkerung. Während ein Drittel der zugewanderten Erwerbstätigen in den südeuropäischen Staaten in der Industrie tätig ist und rund 4% in der Landwirtschaft, liegt dieser Anteil in den „alten“ Einwanderungsstaaten bei 24% bzw. 1%. Je weiter der „Tipping Point“ zurückliegt, desto höher sind die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Zugewanderten und damit auch die Möglichkeiten, sich im Beschäftigungssystem des Ziellandes zu etablieren. Mit der Tradition, ein Einwanderungsland zu sein, scheint aber auch die aufnehmende Gesellschaft eher bereit zu sein, qualifizierte Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich für Zuwanderer zu öffnen. Dazu kommen die unmittelbaren wirtschaftsstrukturellen Effekte: die Landwirtschaft besitzt in den „jungen“ und in den „Noch-nicht-Einwanderungsländern“ noch größere Bedeutung, ebenso die Industrie.

4 Fazit

Der vorliegende Beitrag ist sowohl konzeptionell als auch empirisch ausgerichtet. Ausgangspunkt der konzeptionellen Überlegungen ist ein an die Situation der europäischen Wohlfahrtsstaaten angepasstes Modell der wichtigsten Pullfaktoren, die auch als "Main Driver" die Zuwanderung innerhalb Europas und von außerhalb strukturieren. Weil diese "Main Driver" sich in der Zeit verändern, wird Zuwanderung schrittweise wichtiger als Abwanderung. Dieser schrittweise Wandlungsprozess von einer Auswanderungs- in eine Einwanderungssituation wird modellhaft erfasst und auf die räumliche Situation in Europa übertragen. Es wird postuliert, dass sich wahrscheinlich alle Staaten der EU-27 zu Einwanderungsstaaten entwickeln werden. Manche Staaten haben diesen Wandlungsprozess schon hinter sich, nämlich die „reifen“ Einwanderungsstaaten. Andere Staaten erleben derzeit den Wandlungsprozess – die „jungen“ Einwanderungsstaaten – und andere werden erst in Zukunft in diesen Prozess eintauchen – nämlich die „Noch-nicht-Einwanderungsstaaten“.

Ob diese Typisierung von Staaten der EU-27 empirisch gehaltvoll ist, wird ebenfalls in diesem Beitrag überprüft. Anhand der internationalen Wanderungssalden, die ab 1950 vorliegen, wird der jeweilige "Tipping Point" identifiziert und kontrolliert. Dabei zeigt sich die große Spannweite des Timings beim Übergang von einem Auswanderungs- in ein Einwanderungsland. In Frankreich erfolgte dieser Prozess bereits im 19. Jahrhundert, in Rumänien oder Polen steht er noch bevor. Schließlich wurde anhand der anonymisierten Individualdaten des Labour Force Surveys überprüft, ob es einen Zusammenhang zwischen der Struktur der zugewanderten Bevölkerung und dem „Alter“ der Dominanz der Einwanderung gibt.

Insgesamt zeigt sich eines sehr deutlich: die Transformation der Staaten der EU-27 von Auswanderungs- in Einwanderungsstaaten scheint tatsächlich einer gewissen Regelmäßigkeit zu folgen. Hatte es Anfang der 1950er Jahre noch deutliche Unterschiede in Europa gegeben, und waren damals manche Staaten durch Abwanderung und andere durch Zuwanderung gekennzeichnet, so gleichen sich die Situationen später mehr und mehr an. Eine wachsende Wirtschaft benötigt trotz der erzielbaren Produktivitätsfortschritte ein Mehr an Arbeitskräften, welches nur durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Bevölkerung und durch Zuwanderung gedeckt werden kann. Diese Entwicklung betraf zuerst die mittel- und westeuropäischen Staaten, nun auch die südeuropäischen Staaten und in absehbarer Zukunft wohl auch das östliche Europa. Dies zu belegen, war Aufgabe dieses Beitrags.

5 Literaturverzeichnis

- DE JONG G.F., FAWCETT J.T. (1981), Motivations for Migration: An Assessment and a Value-Expectancy Research Model. In: DE JONG G.F., GARDNER R.W. (Hrsg.), Migration Decision Making, S. 13–58. New York.

- ESSER H. (1991), *Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verhältnis von erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und "Rational Choice"*. Tübingen.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2008), *Recent migration trends: citizens of EU-27 Member States become ever more mobile while EU remains attractive to non EU-citizens (= Statistik kurz gefasst, 98)*.
- FASSMANN H. (2009), *European migration – historical overview and statistical problems*. In: FASSMANN H., REEGER U., SIEVERS W. (Hrsg.), *Statistics and Reality: Concepts and Measurements of Migration in Europe*, S. 10–27. Amsterdam.
- FASSMANN H. (2009), *Die Geographie der Europäischen Migration – ein Überblick*. In: SIR PETER USTINOV INSTITUT (Hrsg.), *Zuwanderer als Feindbild*. Wien (im Druck).
- FERENCZI I., WILCOX W. F. (1929), *International Migrations, Vol. I: Statistics*. New York, National Bureau of Economic Research.
- INTERNATIONAL ORGANIZATION FOR MIGRATION (IOM) (Hrsg.) (2008), *World Migration Report 2008*. Geneva – New York.
- KRITZ M.M., LIM L.L., ZLOTNIK H. (Hrsg.) (1992), *International Migration Systems: A Global Approach*. Oxford, United Kingdom, Clarendon Press.
- LEE E.S. (1966), *A Theory of Migration*. In: *Demography*, 3, S. 47–57.
- WALLERSTEIN I. (1974), *The Modern World System, Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century*. New York, Academic Press.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 2009

Band/Volume: [151](#)

Autor(en)/Author(s): Fassmann Heinz

Artikel/Article: [Themenschwerpunkt "Migration und Integration" 9-32](#)